

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Florian von Brunn

Abg. Florian Köhler

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Andreas Winhart

Abg. Martin Behringer

Abg. Johannes Becher

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen u. a. und Fraktion (SPD)

Nach 100 Tagen schwarz-orangem Koalitionsstreit ohne Kompass: den Freistaat jetzt voranbringen! (Drs. 19/382)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Florian von Brunn das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Ampel wird ja viel kritisiert.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Zu Recht!)

Leider muss ich zugeben, dass die Koalition von CSU und FREIEN WÄHLERN in Bayern es doch besser kann, das Streiten nämlich. Seit 100 Tagen sind wir dabei Zuschauer.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Der "Spiegel" schrieb schon am Montag nach der Wahl: Streit der Bayernkoalitionäre. Söder fordert mehr Leistung von FREIEN WÄHLERN. Aiwanger nennt CSU "mädchenhaft". – Ende Oktober dreht sich die "Glosse am Morgen" in der "Mainpost" um: "Streit in Bayerns Spezi-Koalition als Szenen einer politischen Ehe". – Weiter heißt es da: "Wer eine Partnerschaft mit einem Therapie-Gespräch beginnt, hat ein Problem [...]". – Im November geht es munter weiter. Der "Bayerische Rundfunk" schreibt: "Doppelmandat sorgt für Streit zwischen CSU und FREIEN WÄHLERN". – Einen Monat später steht in der "Süddeutschen Zeitung": "CSU und FREIE WÄHLER streiten über gescheitertes Verwaltungsgericht in Niederbayern". – Das war aber offenbar nur das Vorglühen. Ende Januar/Anfang Februar drehen die Streithähne richtig auf. Die "Augsburger Allgemeine" titelt: "Streit zwischen CSU und FREIEN WÄHLERN: Streibl giftet gegen Holetschek". – Der BR berichtet über den "Streit über Fax und Führerschein" und nennt das "Revierkämpfe von CSU und FREIEN WÄHLERN". Am

nächsten Tag berichtet er über "Unmut über Aiwangers Demo-Hopping". Erst gestern berichtet der "Münchner Merkur" unter dem Titel "Ärger für Aiwanger. Jede Sitzung seit Amtsantritt verpasst", dass es im Kabinett kräftig kracht, weil er seit fünf Jahren an keiner Senatssitzung der Max-Planck-Gesellschaft teilgenommen habe.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): In vier Wochen haben Sie noch 5 %!)

Ich will es jetzt bei dieser kurzen Geschichte Ihrer "Romanze" belassen. Aber, Herr Pohl, nach diesen ersten 100 Tagen muss man festhalten: Diese Koalition ist das Dschungelcamp der Politik. Sie streiten schlimmer als die sprichwörtlichen Kesselflicker!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Thomas Huber (CSU):
Das sagen die Richtigen! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und ihr seid in der
Wüste!)

Dabei gibt es im Freistaat große Herausforderungen und Probleme, die endlich angegangen werden müssen. Bayern braucht keine Knatschkoalition ohne Kompass, sondern verantwortungsvolle Politik für die Zukunft.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Stimmt, deswegen Neuwahlen in Berlin!)

Wir brauchen keinen Wirtschaftsminister, der jeden Tag Demos besucht, schon gar nicht, wenn er für das Thema gar nicht zuständig ist.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr seid ja gar nicht angefragt!)

Wir brauchen jemanden, der seine Arbeit macht, die Energiewende in Bayern voranbringt und den Ausbau der Windkraft fördert. Dafür bräuchte es aber auch endlich ein Konzept für schnellere Genehmigungen und Bürokratieabbau auch in Bayern. Da reicht es eben nicht, immer nur mit dem Finger nach Berlin zu zeigen. Ich sage es nur zur Erinnerung: Die Bundesregierung hat es geschafft, die neuen Flüssiggasterminals in Rekordzeit in Betrieb zu nehmen. Das würde ich mir auch hier wünschen; aber von

Herrn Aiwanger & Co. haben wir bisher nur Ankündigungen gehört, aber keine Taten gesehen.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): So viele Küsten haben wir nicht in Bayern!)

Bürokratieabbau ist extrem wichtig, aber es gibt noch ein weiteres zentrales Thema für die Wirtschaft, aber auch für Krankenhäuser, Pflegeheime und Kitas: Alle suchen händeringend Fachkräfte. Nur vom Wirtschaftsminister hört man dazu nichts, und von der Arbeitsministerin kaum etwas.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Er heißt ja auch nicht Nahles!)

– Wer mehr Fachkräfte will, muss für schnellere Anerkennung von Qualifikationen sorgen, muss vor allem auch den Ganztagsbetreuungsausbau für Familien in Bayern voranbringen. Statt also ständig zu streiten, sollten Sie sich lieber um eine gute Finanzierung von Ganztagschulen und Kitas kümmern, damit die Eltern ihre Qualifikation für unseren gemeinsamen Wohlstand einbringen können.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Das wäre deutlich sinnvoller, viel sinnvoller, als darüber zu streiten, ob dann letztendlich Englisch- oder doch Religionsstunden an den Schulen zusammengestrichen werden sollen. Übrigens ist hinter dem Pulverdampf Ihrer Konflikte die völlige Unsichtbarkeit des derzeitigen Bauministers fast gar nicht aufgefallen. Gibt es Herrn Bernreiter eigentlich noch? – Wir als SPD wollten schon eine Vermisstenanzeige für ihn aufgeben und stellen jetzt mal die Frage: Was macht er eigentlich, um die fehlenden 200.000 Sozialwohnungen in Bayern zu bauen?

(Beifall bei der SPD – Thomas Huber (CSU): Was macht ihr in Berlin?)

Sie sehen: In Bayern gibt es viel zu tun, durch Revierkämpfe und Kompetenzgerangel entstehen aber weder Wohnungen noch Windräder. Streit fängt den Amtsschimmel

nicht ein und führt auch nicht zu mehr Arbeitskräften. Das sagen zunehmend auch Wirtschaftsvertreter und die Spitzen unserer Gewerkschaften. All das geht nur voran mit verantwortungsvoller Politik. Ich bin gespannt, ob die Knatsch-Koalition irgendwann damit anfangen will, oder ob Sie sich einfach nur weiter streiten wollen.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Das müsst ihr doch den Scholz fragen!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es liegt eine Meldung des Kollegen Florian Köhler von der AfD-Fraktion zu einer Zwischenbemerkung vor.

Florian Köhler (AfD): Herr von Brunn, Sie haben gerade gesagt, dass Sie eine Vermisstenanzeige für den Bauminister aufgeben wollten. Jetzt wollte ich mal fragen – Sie haben in den ersten Sitzungen des Wirtschaftsausschusses selbst durch Abwesenheit geblüht –:

(Widerspruch der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE))

Wo waren Sie eigentlich? – Wir haben Sie vermisst.

Florian von Brunn (SPD): Als Fraktionsvorsitzender hat man auch andere Termine. Ich bin durch Kolleginnen und Kollegen gut vertreten worden, die dort mehr sinnvolle Beiträge geliefert haben, als es die AfD in diesem Parlament je tun wird.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kerstin Schreyer von der CSU-Fraktion.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD hat gerade eine Vermisstenanzeige für Herrn von Brunn aufgegeben und hat formuliert: Sie vermisst ihn. Ich habe ihn nicht vermisst, aber da war er trotzdem nicht.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der CSU)

Herr von Brunn, das ist halt genau das Problem: Geht man als einfacher Abgeordneter, ohne eine Kabinettsfunktion zu haben, in einen Ausschuss, hat das, finde ich, immer absolute Priorität, aber wir konnten Sie letzte Woche erstmalig begrüßen. Vielleicht sind Sie die nächsten Male auch noch da. Das erleichtert manchmal auch die Beratung der Anträge, weil wir im Ausschuss nämlich die Anträge auch wirklich miteinander bearbeiten.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Einmal im Ausschuss?)

Ich bin jetzt noch etwas geprägt davon: Wir hatten gerade den Empfang des Bankenvverbands. Die Kollegin Schuhknecht war auch mit dabei. Hört man den Vortrag so an, dann sage ich nach dem Antrag, den Sie heute stellen, wirklich: Schade, dass Sie da nicht dabei waren. Da hätte ich Sie nämlich jetzt vermisst, weil da sehr gut aufbereitet wurde, um was es geht.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, der Herr Ministerpräsident hat noch ein paar andere Aufgaben zu erledigen, und Sie nicht. Das ist der große Unterschied: Sie hätten die Zeit, anwesend zu sein.

(Beifall bei der CSU)

Aber jetzt schauen wir uns das doch einfach mal an: Sie haben hier so einen Knatsch-Antrag geschrieben. Ich bin der Auffassung, dass es gut ist, wenn zwei Parteien miteinander um das Beste ringen. Bei uns funktioniert es im Gegensatz zur Ampelkoalition wenigstens, dass man sich danach dann einigt. Ich schaue mir nur den gestrigen Tag mit dieser Kraftwerkstrategie an: Der Bund verkündet, dass er eine machen möchte. Er sagt nicht, was genau er macht, weil er gar nicht weiß, welchen Energiebedarf er hat. Und was es kostet, verrät er uns in einem halben Jahr. Das ist verlässlich plan-

bare Politik für die Wirtschaft. Genau das ist der springende Punkt. Wir können einfach mal durchgehen: Dieses Chaos, das die Ampelkoalition macht,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

einen Haushalt aufzustellen, der nicht funktioniert, das ist wirtschaftsfeindlich ohne Ende.

(Beifall bei der CSU)

Die Ampelkoalition bringt ein Heizungsgesetz auf den Weg, führt sich als Oberkontrolleur auf, anstatt einmal zu schauen, dass die Dinge zügig genehmigt werden. Wir haben die Frage der Ideologie bei der Atomkraft hier schon ausführlich diskutiert. Die Unternehmen wissen nicht mehr, wie sie die Dinge finanzieren sollen.

Herr Russwurm formuliert und sagt heute: Die Unternehmen haben ein Wachstum, aber ausschließlich im Ausland. Sie haben 20 % Wachstum im Ausland, hierzulande wachsen sie nicht, hierzulande verzeichnen sie immer weitere Verluste. Schauen wir uns die Umfragen an: 64 % der Unternehmer geben an, dass ihre Hauptsorge die Politik der Ampelkoalition ist. Wo sind denn die Hausaufgaben? – Mit Sicherheit nicht in Knatsch-Anträgen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Deswegen blockieren Sie das Wachstumschancengesetz, oder?)

Die Ampel ist leistungsfeindlich. Wir haben Steuereinnahmen wie selten, und was machen Sie? – Sie investieren diese dann entsprechend in Bürgergeld, Kindergrundsicherung, irgendwelche Subventionen, statt einmal die Unternehmensteuerbelastung auf 25 % zu senken, statt den Solidaritätszuschlag abzuschaffen. Wir brauchen Wettbewerbsfähigkeit. Sie ruinieren die Unternehmen in diesem Land und damit dieses gesamte Land.

Martin Andreas Huber hat Ihnen vorher auch schon einmal im Gesamtzusammenhang gezeigt, wo wir gerade stehen. Wissen Sie, was ich besonders schlimm finde? – Ich ziehe einfach mal ein Fazit: Sie bestrafen jedes Mal die Fleißigen. Wir bräuchten jetzt endlich mal eine Agenda aus Berlin für die Fleißigen, für diejenigen, die hier arbeiten, die dieses Land aufrechterhalten, und nicht nur Gemecker und Genörgel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich fasse zusammen: Sie können stänkern, aber Sie können leider weder Probleme lösen noch können Sie regieren. Sie sind eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland, und Sie gefährden damit, dass 80 % der Bevölkerung kein Vertrauen mehr in die Regierung in Berlin hat, auch noch die Demokratie in Deutschland.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Ihre Art, Politik zu machen, führt dazu, dass die SPD bald in ein Artenschutzprogramm geht. Sie können sich mit dem Kollegen Glauber gerne unterhalten, wie das funktioniert. Ich würde mir wünschen, dass Sie endlich mal Ihre Arbeit machen, dass Sie ordentlich regieren, dass Sie aufhören mit solchen oberflächlichen, windigen Anträgen. Machen Sie mal Ihren Job, und hören Sie auf, nur bei uns zu stänkern und zu nörgeln! Das mutet an wie ein Dreijähriger aus dem Kindergarten, dem man zwei Bauklötzchen nicht gegeben hat.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Andreas Winhart von der AfD.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher des Bayerischen Landtags! Herr von Brunn, ich weiß nicht, was Sie sich bei diesem Antrag heute gedacht haben. Dass die Bayerische Staatsregierung und die Koalition hier eine ziemlich peinliche Performance in den letzten Monaten

hingelegt haben, ist offensichtlich. Das müssen wir als Bayerischer Landtag hier nicht mehr feststellen. Das kann jeder Bürger draußen erkennen, der Zeitung liest, der ins Internet reinschaut. Das ist jetzt hier nicht die Frage.

Ich frage mich aber: Wovon wollen Sie ablenken? Kam dieser Antrag aus Ihren Reihen, oder wurde er Ihnen aus Berlin zugefaxt, um von der Ampel abzulenken? Eines ist nämlich auffällig: Während Sie auf irgendwelchen Demonstrationen gegen Rechts rumkrakeelen, sind wir von der AfD in Altötting und Mehring bei den Leuten und hören ihnen zu. Meine Damen und Herren, wir haben das Ohr am Bürger. Das ist auch der Grund, warum wir deutlich mehr Prozente haben als die SPD in Bayern mit ihren 6 %.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Bei Ihnen wird es auch schon weniger!)

– Das wird auch in den nächsten Wochen nicht besser werden. Auch mit den GRÜNEN geht es bergab. Das ist ein richtiger politischer Frühling in diesem Land. Bei der AfD geht es aufwärts, und bei Rot-Grün geht es abwärts. Das ist doch eine tolle Sache.

(Beifall bei der AfD)

Sprechen wir wieder über das Thema. Nach dieser Klatsche, die der Windkraftausbau jetzt erhalten hat, wollen Sie, dass dem Bürger nicht zugehört und einfach konsequent weitergemacht wird, weil Sie eben kein Verständnis dafür haben, was der Bürger will. Das ist bei uns deutlich anders.

Ich fahre fort: Kennen Sie Frau Geywitz? Das ist unsere Bundesbauministerin. Sie hat irgendwann einmal 400.000 Wohnungen versprochen. Sie haben in diesem Dringlichkeitsantrag die Dreistigkeit, von der Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu schreiben. Ja, auch die BayernHeim hat nicht performt. Das ist bekannt. Herr von Brunn, Sie und Ihre Partei sind aber keinen Deut besser.

Ein letzter Punkt: Die Ganztagschulen und die Ganztagsbetreuung wurden nicht von Bayern erfunden. Das kommt vom Bund. Sie waren daran beteiligt. Dieses Thema überlastet unsere Kommunen. Jede Kommune ächzt. Die Leute können und wollen dieses Angebot gar nicht in Anspruch nehmen. Das ist völlig verfehlt. Ich kann Ihnen nur raten: Wenn Sie in eine Diskussion einsteigen wollen, dann tun Sie das nicht mit Themen, bei denen Sie selbst nichts draufhaben. Lesen Sie sich lieber das Regierungsprogramm durch, das wir auf unserer letzten Klausurtagung entwickelt haben, dann werden Sie erfahren, wie Bayern gut regiert werden kann.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Behringer.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Dringlichkeitsantrag ist zunächst anzumerken, dass der Verlust von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit kein bayerisches Problem ist, sondern ein deutsches. Bei den aktuellen Zahlen zur Arbeitslosigkeit und zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage sehen wir, dass Bayern dank einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik und kluger Zukunftsinvestitionen weiterhin erfolgreich gegen den negativen Bundestrend kämpft.

Lassen Sie mich auf ein paar Punkte des Dringlichkeitsantrags der SPD eingehen. Vorweg: Die Bayernkoalition und die von ihr getragene Staatsregierung sind handlungsfähig. Natürlich gibt es zwischen den Koalitionspartnern hin und wieder unterschiedliche Meinungen. Die Staatsregierung hat aber in der letzten Woche in großer Einmütigkeit einen verfassungsgemäßen Haushaltsentwurf beschlossen. An dieser Aufgabe sind die SPD, die GRÜNEN und die FDP in Berlin bekanntermaßen gescheitert.

Auf die Windkraft muss ich nicht weiter eingehen. Dazu ist schon genug gesagt worden. Vorhin wurde aber die Speicherung angesprochen. Die GRÜNEN waren daran

beteiligt, das Pumpspeicherkraftwerk Riedl zu verhindern. Die Zukunft liegt daher beim Energiespeicher Wasserstoff. Dies hat die Bundesregierung jüngst mit ihrer Strategie zum Bau wasserstofffähiger Gaskraftwerke unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bestätigt. Hierzu wurde seitens des Freistaats und unseres Wirtschaftsministers genügend Pionierarbeit geleistet.

Der Wohnungsbau befindet sich aufgrund gestiegener Finanzierungskosten, hoher Baukosten und von Lieferengpässen bundesweit in einer herausfordernden Situation. Die Bundesbauministerin von der SPD hat bereits feststellen müssen, dass das große Ziel, jährlich 400.000 Wohnungen zu bauen, im letzten Jahr um 130.000 Wohnungen verfehlt wurde. Im Jahr 2024 wird es laut Ifo-Institut nicht besser, sondern noch schlimmer, eine Tatsache, die für den Bund absolut peinlich ist und ein Desaster darstellt.

Es ist von der SPD mutig, mit dieser schlechten Bilanz heute das Thema Wohnungsbau auf die parlamentarische Bühne zu heben. Wir schieben dagegen den Wohnungsbau massiv an. Im Koalitionsvertrag ist eine Wohnungsbaumilliarde verankert, die mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 umgesetzt wird. Allein in die staatliche Wohnraumförderung fließen in diesem Jahr 885 Millionen Euro und im nächsten Jahr 940 Millionen Euro. Die drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften haben 3.200 Wohnungen im Bau. Weitere 6.900 Wohnungen sind in Planung. In Berlin tut sich dagegen wenig. Im Jahre 2023 wurden bis zum Herbst gerade einmal 42 Wohnungen fertiggestellt. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD):
Was macht die BayernHeim?)

Erstens. Wenn die SPD etwas für den Wohnungsbau tun möchte, sollte sie als Teil der Ampel-Regierung im Bund das Bauen nicht durch zusätzliche Auflagen verteuern. Das Heizungsgesetz muss weg.

Zweitens. Die SPD sollte außerdem für verlässliche Rahmenbedingungen für das Bauen sorgen. Die kurzfristige Stilllegung der KfW-Programme durch das Haushaltsurteil hat das Vertrauen in die Branche massiv geschädigt.

Drittens. Die SPD sollte den Ländern beim Wachstumschancengesetz entgegenkommen, damit im Vermittlungsausschuss eine Einigung erzielt wird und endlich die degressive Abschreibung für den Wohnungsbau kommt.

Lassen Sie uns über die Bildung sprechen. Die Pisa-Studie wird national, das heißt deutschlandweit, erhoben. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Ergebnisse der Pisa-Studie die Ergebnisse für ganz Deutschland abbilden, aber für das Bildungsland Bayern nicht ausschlaggebend sind. Eine Bundesländer-Auswertung wäre äußerst sinnvoll. Bayern rangiert im Bildungsmonitor der INSM für 2023 unter den Bundesländern auf Platz zwei und belegt bei der beruflichen Bildung und der Digitalisierung sogar Platz eins. Dies ist eine klare Auszeichnung für die Qualität unseres bayerischen Schulsystems.

Die diskutierte Erweiterung des Deutsch- und Mathematikunterrichts an Grundschulen ist kein Streit über die Streichung von Religions- oder Englischstunden, sondern eine handfeste Maßnahme, um essenzielle Fähigkeiten unserer Kinder zu stärken.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

An dieser Stelle möchte ich unserer Kultusministerin Anna Stolz meinen Dank aussprechen. Ihre Bemühungen, alle relevanten Akteure beim Bürokratieabbau einzubeziehen, tragen dazu bei, am Ende das beste Konzept für unsere Schülerinnen und Schüler in Bayern zu entwickeln und weiterhin das beste Bildungssystem in Deutschland zu haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, in den vergangenen zwei Jahren hat die Ampel in der Wirtschaftspolitik und in der Baubranche Chaos gestiftet. Sie hat Wohlstand vernichtet und

die Deindustrialisierung befördert. Wir in Bayern haben uns dem erfolgreich entgegengestellt und wehren uns gegen eine Herabwürdigung dieser Leistung. Deshalb lehnen wir auch diesen Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Johannes Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt muss ich doch ein Wort zu meinem Vorredner sagen. – Herr Kollege, haben Sie kurz Zeit? Vielen Dank. – Der Haushalt für den Freistaat Bayern ist noch gar nicht beschlossen. Dafür haben wir noch mehrere Monate Beratungszeit. Nur weil es einen Entwurf der Staatsregierung gibt, haben wir noch keinen gültigen Haushalt. Eines ist bemerkenswert: Sie haben im Februar 2024 noch keinen Haushalt. Im Entwurf steht aber, dass wir Milliarden aus der Rücklage nehmen müssen, obwohl wir auch in Bayern feststellen, dass die fetten Jahre vorbei sind. Sie stellen sich aber hier vorne hin, zeigen mit dem Finger nach Berlin und sagen: Schaut hin, die können nicht mit Geld umgehen. Ich sage Ihnen: Das werden ganz harte Haushaltsberatungen. Da werden wir uns alle zusammenreißen müssen, auch wir hier in Bayern. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Martin Wagle (CSU): Wir investieren aber auch!)

Der Haushaltsentwurf wurde dem Bayerischen Landtag noch nicht einmal offiziell zugestellt. Ich bin gespannt, wann das erfolgen wird. Wir haben in der übernächsten Woche die erste Sitzung. Wir sollen da über 70 Milliarden Euro oder mehr beschließen. Da wäre es nicht schlecht, wenn man uns diesen Entwurf einmal zur Vorbereitung vorbeischicken würde. Ich hoffe, dass die Bayerische Staatsregierung das noch schaffen wird.

Ich möchte kurz auf das Thema eingehen, das die SPD heute beantragt hat, nämlich 100 Tage Koalition. Eigentlich sind es ja fünf Jahre und 100 Tage. Im Koalitionsvertrag steht, dass es im Wesentlichen so weitergehen solle. Für frische Ideen und Innovationen war nicht viel Raum. Und doch sind diese ersten 100 Tage Koalition schon ein Anzeichen dafür, dass sich etwas verändert hat. Es hat sich etwas im Vertrauensverhältnis zwischen den Koalitionspartnern verändert. Die Risse sind deutlich erkennbar. Für Bayern ist es schlecht, dass wir eine Regierung haben, die Risse zeigt.

Im Dringlichkeitsantrag der SPD werden viele Themen benannt, von der Energiewende über den Wohnraum bis zur Entbürokratisierung. Das sind alles Themen, die nicht in 100 Tagen bewältigt werden können. Das sind Langzeitthemen, die entschlossen angepackt werden müssen. Dazu braucht es das Vertrauen untereinander; denn Sie werden Widerstände überwinden müssen. Einzelinteressen werden kommen. Vielleicht wird auch bei dem einen oder anderen die Erkenntnis reifen, dass das Versprechen eines Vollkaskostaates, der immer alles in bester Qualität und am besten kostenfrei zur Verfügung stellt, eine Illusion ist.

Wie wollen wir denn überzeugen? Wie wollen Sie überzeugen, wenn Sie sich im ständigen politischen Kleinkrieg befinden, wie es heute die "Augsburger Allgemeine" beschreibt? Wenn Sie so wie in den ersten 100 Tagen weitermachen, dann werden Sie nicht einmal das Wenige erreichen, das Sie sich in Ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen haben. Jetzt wäre noch Zeit für eine Korrektur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einige Beispiele sind schon aufgezählt worden. Der Koalitionsvertrag beginnt ja schon mit einem Bekenntnis zur Bayerischen Verfassung. Dass das notwendig ist, sagt schon etwas aus. Aus der jüngeren Vergangenheit gibt es aber noch einige weitere Beispiele. Ein Digitalminister ohne Zuständigkeit trommelt öffentlichkeitswirksam für einen Abschied vom Fax. Sofort kommt eine öffentliche Gegenreaktion des Finanzministeriums mit einer deutlichen Absage. Eigentlich wäre das ein schönes Thema für

eine Kabinettsitzung oder ein direktes Gespräch zweier Minister gewesen. Stattdessen wird das über die Pressestellen ausgetragen – nach nicht einmal 100 Tagen.

Die CSU schreibt ein Positionspapier, in dem sie Forderungen diverser Demonstrationen übernimmt. Die FREIEN WÄHLER schreiben sofort eine Pressemitteilung und sagen: Jetzt sind wir aber überrascht, dass das die CSU macht; denn wir sind eigentlich auch dafür. Ich habe herausgelesen, dass Sie ein wenig beleidigt waren, dass Sie das aus der Presse erfahren haben. Der Wahlkampf lässt grüßen.

Dann wäre da noch Staatsminister Aiwanger, Demo-Hopper, der gefühlte Landwirtschaftsminister. In der letzten Zeit gab es schon einige Versuche, ihn auf Zuständigkeiten hinzuweisen – aus der CSU, sogar aus den eigenen Reihen der FREIEN WÄHLER und deutlich aus der Wirtschaft –, aber als freies Radikal der Staatsregierung interessieren ihn ja Dinge wie Zuständigkeiten, Teilnahme an Gremiensitzungen wie bei der Max-Planck-Gesellschaft oder auch Wahrheiten und Tatsachen bestenfalls am Rande.

Die Wahrheit ist: Ein spanisches Unternehmen mit 250 Arbeitsplätzen kann sich im Chemiedreieck nicht ansiedeln, weil kein Strom vorhanden ist. Das Unternehmen wollte kommen, kann aber nicht kommen. Das muss uns doch fuchsen. Das darf uns doch nicht noch einmal passieren. Wir müssen doch allerspätestens jetzt daraus lernen, und endlich muss es heißen: Volle Kraft für den Netzausbau, volle Kraft für Speicherkapazitäten, volle Kraft für die erneuerbaren Energien, für Windkraft, für Solarenergie, für Geothermie. Energy made in Bavaria – aus Bayern für Bayern. Wo ist denn da Ihr Stolz auf die bayerische Heimat? Ich kann ihn nicht erkennen. Das ist zu wenig, liebe Leute.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wie soll es denn auch besser werden, wenn der zuständige Minister nach dem Motto handelt: Solange es in Bayern noch irgendein Mikrofon gibt, in das ich hineinbrüllen kann, setze ich mich nicht an einen Schreibtisch. – So kann es nicht weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Bei allem Respekt: Wir stehen im internationalen Wettbewerb um günstige und saubere Energie mit anderen Bundesländern, mit anderen Standorten in Europa und weltweit. Unsere Wirtschaftsstärke ist hart erarbeitet; sie ist nicht in Stein gemeißelt. Untätigkeit gefährdet unseren Wohlstand. Packen Sie an! Fangen Sie an zu arbeiten! Das wäre dringend notwendig. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/382 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Fraktionen FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.